

Francia – Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Bd. 35

2008

DOI: 10.11588/fr.2008.0.44953

---

#### Copyright

Das Digitalisat wird Ihnen von perspectivia.net, der Online-Publikationsplattform der Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (DGIA), zur Verfügung gestellt. Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

PETER KRÜGER

## DIE REPUBLIK VON WEIMAR – MODERNISIERUNG UND ÜBERLEBENSKAMPF

Zum Buch von Christian Baechler

Noch eine Geschichte der Weimarer Republik? Ja – denn zum einen ist in Frankreich diese umfassende, auf dem gegenwärtigen Stand der Forschung stehende und aus den Quellen gearbeitete französische Darstellung der Bedeutung wie der Fehlentwicklungen der Weimarer Republik hoch willkommen<sup>1</sup>. Zum anderen aber ist das scharfsinnige und präzise, gut lesbare Buch, der Blick von außen, aus dem in der europäischen Einigung inzwischen mit Deutschland eng verbundenen Nachbarland für uns Deutsche von besonderem, die Erkenntnis der Vergangenheit förderndem Wert, ebenso die nachdrückliche Stellungnahme, dass die Weimarer Republik mehr bedeutet als nur ein Übergangphänomen der »Zwischenkriegszeit« auf dem Weg in die nationalsozialistische Katastrophe. Ausgangspunkt der Untersuchung und ihres analytischen Ansatzes ist das Kaiserreich und seine schwierige, sozusagen unter fortgesetztem Entwicklungszeitdruck stehende Nationalstaatsgründung. Es geht um seine Prägung, also um die Uneinheitlichkeit seiner historisch gewachsenen politischen, ökonomischen, soziokulturellen und regionalen Unterschiede, verschärft durch die Ungleichmäßigkeit seiner Modernisierung, durch die tiefe Spannung zwischen Avantgarde und Rückständigkeit sowie durch eine nach Ausmaß und Tempo mehrmals als »brutal« bezeichnete Industrialisierung und ihre industriegesellschaftlichen Folgen, vor allem in der Verstädterung, den Massen- und Migrationsproblemen, den Eingewöhnungs- und Bindungsschwierigkeiten sowie im Anwachsen des tertiären Sektors und im forcierten gesellschaftlichen Strukturwandel generell.

Die damit einhergehenden notwendigen Prozesse der strukturellen Entwicklung, Angleichung und politisch-gesellschaftlichen Gemeinschaftsbildung im Sinne moderner Menschen- und Bürgerrechte brauchten Zeit. Die fehlende Zeit wird zu Recht als eine durchgehende, prinzipielle Herausforderung der deutschen Politik und als schwere Belastung vom Kaiserreich bis in die Katastrophe des Nationalsozialismus erkannt. Besonders bedrohlich und folgenreich erscheint deswegen sowohl die Ungleichgewichtigkeit einer dualistisch um konstitutionelle – zu betonen wäre: föderative – Monarchie und Reichstag kreisenden politischen Verfassung als auch die gesellschaftliche Aufsplitterung des Reiches vor 1914. Hoffnungsvolle Ansätze allmählichen Wandels wurden von der Auslösung des Ersten Weltkriegs durch die Reichsleitung jäh zunichte gemacht. Der Aufbruch eines nationalen Gemeinschaftsgefühls versank in den Schrecken eines langen Krieges, in der Militarisierung und zwangsweisen Vereinheitlichung einer Gesellschaft, die zur Kriegsmaschine mit dem Ziel totaler Erfassung aller Ressourcen degradiert wurde, dadurch neue Gegensätze aufriss und zu einer Entfesselung nationalistischer Ideologie in extremer Sicht zwischen Nation, Volk und Rasse und einer bis dahin unbekanntem Gewaltbereitschaft führte. Sie überdauerte den Krieg, ja verschärfte sich infolge des plötzlichen Umschwungs von den stets genährten Siegeshoffnungen zur völligen Niederlage 1918 – eine niederdrückende Hinterlassenschaft für die seit 1917 vernehmbar in den

1 Christian BAECHLER, *L'Allemagne de Weimar. 1919–1933*, Paris (Fayard) 2007, 484 S., ISBN 978-2-213-63347-3, EUR 27,00.

Vordergrund tretenden Reformparteien und die nach der Revolutionskrise von ihnen getragene Weimarer Republik. Auch wenn diese Entfesselung von Gewalt im Denken und Handeln gegen innere und äußere Feinde als neues Moment klarer hätte zum Ausdruck gebracht werden können, ist die ganze Epoche des Ersten Weltkriegs und seiner Folgen nüchtern und doch eindringlich und präzise, auf das Wesentliche konzentriert dargestellt worden.

Die Gründung der Weimarer Republik wird also erfasst als ein großer historischer Zusammenhang seit 1871. Das wird klar in den nachdrücklich herausgearbeiteten Entwicklungslinien und Beharrungskräften der Verfassungs- und Gesellschaftsstruktur und der Wirtschaft. Sie bilden den Kern der Darstellung, auch wenn die übrigen Bereiche bis hin zur bildenden Kunst und Literatur sorgfältige Beachtung finden, vor allem dann, wenn sie den Kernbereich beeinflussen. Intensiv und mit Blick für die Folgen wird die von 1871 bis 1933 dominierende dualistische Struktur der Verfassung und ihre die politische Ordnung schließlich destabilisierende Wirkung analysiert. Sie unterstrich die Trennung und Eigenständigkeit von monarchischer Gewalt (einschließlich des Bundesrats, von dem hier kaum die Rede ist) gegenüber dem Reichstag 1871–1918 sowie die starke Stellung des Reichspräsidenten gegenüber dem Parlament 1919–1933. Dabei kommt der stark unitarische Zug des Weimarer Föderalismus in seinen Folgen für die Problematik des Regierungssystems angemessen zur Geltung, aber einzelne Punkte – etwa bezüglich Art. 8 (Finanzverfassung) und 13 (Reichs- und Landesrecht) der Reichsverfassung<sup>2</sup> – bedürfen präzisierender Ergänzung. Eindringlich wird gezeigt, wie nachhaltig die starke Exekutive der konstitutionellen Monarchie über 1919 hinweg auch in der überhastet eingeführten »exzessiven« Demokratie der Weimarer Verfassung weiterwirkte. Ihr wollte man mit den Vollmachten des Reichspräsidenten als eines tatsächlichen »Ersatzmonarchen« eine Rückversicherung für die als gefährdet betrachtete Einheit von Nation, Staat und Politik verschaffen. Man misstraute der neuen, »reinen« Demokratie. Sie führte ein den politischen Geschäften etwas entrücktes Eigenleben, weil sie den tatsächlichen Erfordernissen nicht pragmatisch angemessen und vor allem insofern unvollkommen war, als sie bei der parlamentarischen Demokratie versagte. Auf sie hatten sich die deutschen Parteien – auch das wird eingehend erörtert – nur zögernd und keineswegs einhellig eingelassen. Einige lehnten die parlamentarische Demokratie nach 1919 weiterhin ab, und alle hatten sich vor 1914 auf eigene Grundsätze, Interessen und Klientel vom Sozialismus bis zur Konfession konzentrieren können – ohne parlamentarische Regierungsverantwortung und daher ohne parlamentarische Regierungserfahrung.

Baechlers Schlussfolgerung, dass die plötzliche Demokratisierung vor der Parlamentarisierung ein Fehler war, ist gut begründet und bezeichnet ein grundlegendes Dilemma der Weimarer Republik, ebenso die rasche Eindämmung von Revolution und weitgehender politischer Reform zugunsten eines als Existenzsicherung für notwendig gehaltenen Ausgleichs mit den überkommenden Gewalten, vor allem auch mit dem Militär, das daraufhin bald einen Staat im Staate bildete – übrigens nicht zuletzt infolge der rigorosen, Struktur und Geist der Streitkräfte prägenden Beschränkungen durch Teil V des Versailler Vertrags. Baechler zeigt durchgehend die Konsequenzen dieser Entwicklung, verbunden mit den kaum zu bewältigenden Nachkriegs-Schwierigkeiten der jungen, wenig geliebten Republik. Das Regieren wurde eher als Last statt als Ziel, Aufgabe und Verpflichtung betrachtet, Opposition brachte in der Regel mehr Stimmen, und in der Öffentlichkeit wurden politische Auseinandersetzungen der Parteien vorwiegend als Parteiegezänk, als suspekt, spaltend oder gar verächtlich angesehen, Kompromisse galten nicht selten als schwächlich und faul, und die Sehnsucht nach einer einigenden nationalen, im Extrem fast politisch-religiösen Kraft über den Parteien breitete sich aus. Darin kam auch die schon vor 1914 wachsende Beunruhigung über eine womöglich unzureichende

2 Ibid., S. 84.

Existenzsicherung des Reiches zum Ausdruck. Diese Gefahr wurde verschärft durch den Zusammenbruch von 1918 und seine Folgen. Aber die Vorstellung von der Nation einte ohnehin bald nicht mehr. Sie war in sich uneinheitlich und wirkte spaltend, bis ihre radikalen Verfechter in der Spätzeit der Republik auch imstande waren, zu entscheiden, wer zur Nation gehören und wer ausgeschlossen werden sollte. Diese komplexe Entwicklung betont Baechler besonders. Denn zu den inneren Schwierigkeiten und Spaltungen kamen die harten, ganz überwiegend als empörende Ungerechtigkeit empfundenen Friedensbedingungen – ein denkbar schwerer und ungünstiger Beginn für die Republik, die nicht nur mit der Fülle der Belastungen, sondern auch mit einer starken Fundamentalopposition zu kämpfen hatte, die ihr die Verantwortung für alles Missgeschick zuzuschieben suchte. Das war im Grunde die Basis sowohl der gegenrevolutionären Anstrengungen 1919–1923 gegen die um Anknüpfungen und Übergänge bemühte »kontrollierte Revolution« der Republikgründung als auch der anti-republikanischen Bewegungen der Folgezeit.

Sehr wirksam erwiesen sich in der Öffentlichkeit deshalb Schlagworte, die das Kaiserreich entlasteten und die Republik in Misskredit brachten, allen voran »Kriegsschuldflüge« und »Dolchstoßlegende«, dazu »Novemberverbrecher« und »Schmach- und Schandfrieden« von Versailles. Schon Baechlers nüchterne Erläuterung der Pariser Friedenskonferenz und ihrer Folgen für Deutschland macht einerseits klar, wie überzogen und wirklichkeitsfern die Kritik am Versailler Vertrag war, und hebt andererseits hervor, welche schwere Belastung die harten Friedensbedingungen und ihre Fehler, etwa in manchen Territoriaentscheidungen, im Widerspruch zwischen hohen Reparationsforderungen und der Beschneidung der deutschen Möglichkeiten, sie auch zu erwirtschaften, oder im, die Kriegsschuldebatte anheizenden, Art. 231 für die Zukunft der Republik bedeuteten (die konkrete politische Bedeutung des Art. 231 für die Suche nach einer neuen, über die Basis des Waffenstillstandsvertrags hinausgehenden Begründung der Reparationen wäre zu ergänzen). Gerade auf Grund dieser, auch die weitere Darstellung bis 1933 kennzeichnenden abwägenden Vorgehensweise wäre das deutsche »Revisionssyndrom« deutlicher abzusetzen von ohne »Syndrom« zu erklärenden Forderungen: Sie konnten entweder weit mehr als eine Vertragsrevision, nämlich den ideologisch bestimmten Aufbruch in ganz andere politisch-gesellschaftliche Organisationsformen zum Ziel haben, oder sie wurden erhoben im Zuge der Verwirklichung einer pragmatischen deutschen Politik internationaler Verständigung der Jahre 1924–1930 auf der Basis der Republik und mit dem Ziel, dafür erforderliche und einvernehmlich zu erreichende Änderungen der Versailler Ordnung, die schließlich auch von Frankreich und Großbritannien anerkannt wurden, durchzuführen. In beiden Fällen war das Etikett »Revision« eine innenpolitisch wirksame Zugabe.

Für die Aussagekraft über den Zeitgeist und den Einfluss jener meinungsbildenden Schlagworte weist Baechler nachdrücklich hin auf ihre politische Instrumentalisierung im Widerstand sowohl gegen die Verfassung als auch gegen die Friedensordnung, ferner auf die Belastungen und großen Umstellungsprobleme nach 1919 und auf die latente oder offene Wahlkampfstimmung wegen der vielen Wahlen und Abstimmungen auf allen Ebenen, außerdem auf die Schwächung und die Fehler der die Republik gründenden Parteien, die schon in der ersten Reichstagswahl 1920 ihre Mehrheit verloren, und auf die im Herbst 1923 fast zur Katastrophe führenden inneren und auswärtigen Auseinandersetzungen – vom Kapp-Putsch bis zum Ruhrkampf seien fast alle möglichen Problemlagen durchgespielt worden – sowie auf das Fehlen einer überzeugenden Gegenkonzeption. Erst der drohende Zusammenbruch des Reiches auf der einen und die Erschütterung der internationalen Ordnung auf der anderen Seite brachte die Wende in der Anstrengung, das Schlimmste zu verhüten und sowohl im Innern Ordnung zu schaffen als auch in der europäischen Politik, unter nachdrücklicher Intervention der britischen und der amerikanischen Regierung, neue gemeinsame Lösungen zu erreichen.

Baechler bekräftigt, dass Raymond Poincaré im Ruhrkampf mehr als nur eine Reparationsregelung erzwingen wollte. Deswegen musste bei den Reparationen und in der – zunächst

französischen – Sicherheit eine Neugestaltung der internationalen Politik und der einvernehmlichen Regelungen ansetzen: Das geschah mit dem Dawes-Plan, der ebenso als Schritt zur europäischen Stabilisierung mit Hilfe der USA und ihrer Kredite gedacht war wie der daran gekoppelte nächste Schritt, die Locarno-Verträge, die mit ihrem Kern, einer deutsch-französischen Verständigung, zugleich neue Sicherheitsstrukturen ermöglichen sollten, flankiert vom deutschen Eintritt in den Völkerbund, von der Vorbereitung einer großen Abrüstungskonferenz unter seiner Ägide und von einer liberaleren Außenwirtschaftspolitik in Europa.

Die Weimarer Republik in der Konsolidierungs- und Verständigungsphase 1924–1930 behandelt Baechler unter der Frage, ob das tatsächlich ihr »goldenes Zeitalter« gewesen sei, und weist diese Charakterisierung zurück, weil die beachtlichen wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Fortschritte einer vorübergehenden Erholung und ruhigen Entwicklung noch zu anfällig, die Grundlagen noch zu fragil gewesen seien. Das Urteil ist auch dann gerechtfertigt, wenn man die enorme kulturelle Blüte und Modernität jener Jahre an Hand des gelungenen Überblicks im Kapitel über Kultur und Gesellschaft betrachtet: Wissenschaft, Technik, bildende Kunst, Architektur, Musik, Literatur, Theater, Film und den gesamten Bereich der Unterhaltung, Persiflage, Zeitkritik und des kaleidoskopartigen Wechsels, der Mobilität und modernen Stadtentwicklung – und Berlin als Hauptstadt der Moderne. Das blieben aber doch partielle Erscheinungen, Ausdruck eines »fragmentierten Pluralismus« (eine treffende Formulierung) von Gruppen, die mehr oder weniger unter sich blieben, nicht einer alle umfassenden längeren Kulturepoche als Voraussetzung eines »goldenen Zeitalters«. Die politischen und gesellschaftlichen Spannungen verringerten sich, aber die Strukturprobleme blieben, und hinzu kamen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten von der Krise der Landwirtschaft bis zu den Finanzierungsproblemen, vom Übergewicht des Verbrauchs bis zur Abhängigkeit von Auslandskapital und Weltwirtschaftskonjunktur, den daraufhin hohen Zinsen und wachsenden Haushaltsproblemen auch auf Grund so weitsichtiger sozialer Reformen wie der Einführung der Arbeitslosenversicherung 1927, weil kein Konsens über einschneidende Maßnahmen zur Gesundung von Wirtschaft und Finanzen zu erzielen war.

Baechler betont, dass das Regierungssystem in den Jahren von 1924–1930 immerhin einigermaßen funktionierte; mit dem Wahlerfolg der SPD 1928 und den schweren Verlusten der DNVP habe Hermann Müller sogar zum ersten Mal seit langem wieder eine, wenn auch schwer zu handhabende Regierungsmehrheit hinter sich gehabt. Gerade das aber sei, noch dazu unter führender Beteiligung der DNVP, das Signal zur radikaleren Opposition und zur »nationalen« Sammlung von rechts gewesen – und, was etwas mehr Beachtung verdient, zum Druck auf Stresemanns DVP, die nicht nur zur nationalen Rechten tendierte, sondern unter dem Einfluss ihres mächtigen Unternehmerflügels weitere Belastungen (Erhöhung der Arbeitslosenversicherung etc.) der Wirtschaft verhindern und sozialstaatliche Regelungen reduzieren wollte (Ruhreisenstreit im Herbst 1928). Die latente Staatskrise der Weimarer Republik geriet dadurch in eine Phase des Übergangs zum offenen Ausbruch dieser Krise. Kompromisse wurden äußerst schwierig, sobald sie zu Testfällen der Grundsatzfestigkeit der Parteien hochgetrieben wurden, wie bei der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zwischen SPD und DVP, an der Müllers große Koalition Ende März 1930 zerbrach und, gut vorbereitet, schon binnen weniger Tage eine Regierung zur Hand war, die mit Erfolg die Ära der vom Reichspräsidenten und seinen diktatorischen Vollmachten abhängigen, gegen die SPD und die parlamentarische Regierungsform gerichteten Exekutive einleitete.

Dass Baechler zusammenfassend sagt, die Krise der deutschen Demokratie sei nicht durch die Zerbrechlichkeit des parlamentarischen Regimes, sondern durch die wirtschaftliche Krise und ihre katastrophalen Folgen eingeleitet worden<sup>3</sup>, widerspricht eigentlich seinen sorgfältigen

3 Ibid., S. 302.

struktur- und entwicklungsgeschichtlichen Untersuchungen. Denn zum einen endet ein Regime kaum je unmittelbar aus sich selbst heraus, sondern durch Streitfragen, die man weder zu regeln noch zu überbrücken vermag, und durch die Möglichkeiten, die eine Verfassung zum partiellen oder völligen Ausstieg aus dem parlamentarischen Geschäft bietet. Zum anderen ist der erste entscheidende Schritt zum Präsidialregime, wie Baechlers Darstellung selbst zu entnehmen ist, nicht in erster Linie auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen, ebensowenig der nächste Schritt zur Entmachtung des Parlaments, die Verknüpfung von präsidialer Notverordnung und Auflösung des Reichstags, als er im Sommer 1930 zunächst die Brüningssche Haushaltsvorlage mit klarer Mehrheit und danach auch deren Präsentation als Notverordnung zu Fall gebracht hatte. Eine solche, das Parlament an seinen Wurzeln treffende Kombination der Art. 48 (Notverordnung) und 25 (Reichstagsauflösung durch den Reichspräsidenten), eine Kombination, die von Baechler nicht erörtert wird, stand eindeutig gegen den Sinn der Verfassung, war aber nicht ausdrücklich verboten. Die Wahlen vom 14. September 1930 mit dem großen Erfolg der NSDAP hatten nur den einen Vorteil, dass die tatsächliche Situation klar zutage trat und die SPD zur Tolerierung der Regierung Brüning gegen die extremen Parteien von rechts und links verpflichtete.

Das Ende der Weimarer Republik und dessen Ursachen und Etappen, von den nun tatsächlich verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise, die nicht daran hinderte, sie für den Versuch einer Zollunion mit Österreich und für die Befreiung von den Reparationen zu nutzen, bis zu den Intrigen und Fehlentscheidungen in der Schlussphase werden auf dem Stand der Forschung eindringlich analysiert, und zwar unter dem Gesichtspunkt der Auswirkungen der strukturellen Mängel eines politischen Systems, das es den Gegnern oder Gleichgültigen gegenüber der Republik ermöglichte, sie quasi von innen her im diktatorischen Sinne umzuformen und schließlich Hitler an die Macht zu bringen. Das ist der entscheidende Zusammenhang. Die Krise wurde allerdings verschärft durch das Bestreben, den Vorrang nationaler vor gemeinsamen internationalen Lösungen der Probleme fest zu etablieren.

Diese neue Gesamtdarstellung zur Geschichte der Weimarer Republik ist in der Folgerichtigkeit ihrer Argumentation und der Fülle der berücksichtigten Gesichtspunkte ein bemerkenswerter Gewinn. Ein paar Ungenauigkeiten, die diesen Gesamteindruck nicht stören, seien kurz erwähnt: Die Lebensreformbewegungen und Ähnliches um 1900 sind nicht nur rückwärts gewandt, sondern auch Teil der Moderne und ihrer Vieldeutigkeit mit wesentlichen Impulsen bis heute. Unerfreuliche Entwicklungen im Kaiserreich (Militär, Verwaltung, Gehorsam etc.) werden zu pauschal als Preußentum verurteilt, was weder Preußen noch den neuen Entwicklungen im Kaiserreich gerecht wird. Auf S. 162 ist Karl Helfferich, nicht Rudolf Hilferding gemeint. Thoiry 1926 scheiterte nicht nur an Raymond Poincaré, sondern zunächst – für die deutsche Seite wichtig – am britischen und amerikanischen Einspruch. Für die Verfassungsentwicklung aufschlussreich – und bisher vernachlässigt – wäre eine durchgehende Untersuchung von Überlegungen zur Verfassungsreform und ihren unterschiedlichen Zielen.

Im übrigen ist es sicher richtig, immer wieder zu betonen, dass bis zuletzt das Ende der Republik keineswegs unabwendbar war, das trotz der ungünstigen Gründungsbedingungen, der immer wieder fehlenden Zeit zur Eingewöhnung und Entfaltung und der die Republik belastenden Traditionen seit 1871, trotz der Entscheidungen von 1918/19 und trotz der drei »Traumata« einer in sich gespaltenen Nation und Gesellschaft<sup>4</sup>, die nach Überwindung verlangten: der demütigenden Niederlage und des Versailler Vertrags, gerade auch im Hinblick auf »Volk« und »Deutschtum«; des plötzlichen Endes der Monarchie, eines wesentlichen Faktors nationaler Einheit<sup>5</sup>; und der enormen Beschleunigung der gesellschaftlichen und kulturellen

4 Ibid., S. 415–418.

5 Zur Rolle der »Ersatzmonarchen« inzwischen auch die umfangreichen, weiterführenden Biographien von Walter MÜHLHAUSEN, Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer

Modernisierung, die neue innere Spannungen erzeugte. Diese Traumata kamen ja auch indirekt in der Verfassung zum Ausdruck, und zwar in deren Ambivalenz und in der Möglichkeit, Ermächtigungen eben auch im Sinne autoritärer Führung zu kumulieren. Die Chancen der Republik, zu überleben, hingen demnach am Ende von unberechenbaren Konstellationen ab, wenn man in Rechnung stellt, dass die strukturellen Fehlentwicklungen, vor allem der Verfassung und ihrer Handhabung, ein solches Ausmaß erreicht hatten, dass kleine Gruppen mit Hilfe von Intrigen oder durch Fehlentscheidungen das ganze Regierungssystem aus den Angeln heben und es schließlich an Hitler ausliefern konnten – von der Verkenning der Bedeutung Hitlers und der NSDAP ganz abgesehen. Daran ändert auch etwa der Hinweis wenig, dass es früher schon in ähnlicher Weise per Notverordnung durchgesetzte Maßnahmen gegeben habe. Denn ab 1930 änderten sie ihren Charakter, waren nicht mehr nur notwendige einzelne und zur Stützung der Republik ergriffene Sachentscheidungen, sondern wurden schließlich immer eindeutiger gegen das parlamentarische Regierungssystem eingesetzte Richtungsentscheidungen. Die Tatsache, dass intrigante Machenschaften kleiner Gruppen, wie Papen sie inszenierte, so umstürzenden Erfolg haben konnten, war ein kaum zu überbietendes Krisensignal. Hing also die Existenz der Republik nur noch von wirtschaftlicher Hochkonjunktur und Zufällen ab? Man könnte auch umgekehrt fragen, wie denn die Republik so lange durchzuhalten vermochte, warum sie nicht schon viel eher unter den strukturellen und den akuten Belastungen zusammengebrochen ist und was ihr so lange die Kraft zum Überleben verlieh. Das könnte ja, und zwar ebenfalls von Beginn an, das Eintreten der gemäßigten politischen Kräfte, auch der konservativen, für den Rechtsstaat gewesen sein, für Staat und Recht, so wie sie nun einmal seit 1919 waren – und auch darin liegt eine alte, anti-revolutionäre Tradition in Deutschland.

Christian Baechler hat ein Buch geschrieben, das den Leser, trotz der Fülle der behandelten Themen, in seiner Klarheit und eingängigen Gedankenführung anspricht. Auch der Rückgriff, wo immer möglich, auf statistische Erfassung historischer Entwicklungen trägt dazu bei, vor allem aber Aufbau und Durchführung der drei, den wesentlichen Phasen gewidmeten Hauptteile, in sich jeweils nach Sachthemen gegliedert, deren innerer Zusammenhang durch einführende Überblicke sowie kurze Resümees auch der Unterkapitel betont wird. Das Buch ist ein Zeugnis eindringenden Reflektierens über Deutschland, das seine Leser herausfordert, selber erneut über historische Bedingungen, Abläufe und Konsequenzen dieser wichtigen Epoche europäischer Geschichte nachzudenken.